und Verkehr – federführend – sowie den **kommunalpolitischen Ausschuss** – mitberatend. Ist niemand dagegen? – Niemand, der sich enthält? – Dann ist die Überweisung des Gesetzentwurfs angenommen.

Ich rufe auf:

10 Zweites Gesetz zur Modernisierung des Vermessungs- und Katasterwesens (Zweites Katastermodernisierungsgesetz)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/4380

erste Lesung

Auch hier gibt die Landesregierung ihre **Rede zu Protokoll** (siehe Anlage 5).

Wir kommen damit ebenfalls sofort zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 16/4380** an den **Innenausschuss** – federführend – sowie den **kommunalpolitischen Ausschuss** – mitberatend. Ist niemand dagegen? – Niemand, der sich enthält? – Dann ist die Überweisung des Gesetzentwurfs angenommen.

Ich rufe auf:

11 Forschung und Innovationen im Mittelstand in NRW durch gezielte Maßnahmen stärken – bestehende Instrumente zur KMU-Unterstützung optimieren und ausbauen

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/4444

Eine Aussprache ist heute nicht vorgesehen.

Wir kommen damit unmittelbar zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 16/4444** an den **Ausschuss für Innovation, Wissenschaft und Forschung** – federführend – sowie an den **Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk** – mitberatend. Die Beratung und Beschlussfassung sollen nach Vorlage der Empfehlung des federführenden Ausschusses erfolgen. Ist niemand dagegen? – Niemand, der sich enthält? – Dann ist die Überweisung des Antrags angenommen.

Ich rufe auf:

12 Haushaltsrechnung des Landes Nordrhein-Westfalen für das Rechnungsjahr 2009

Unterrichtung
durch die Präsidentin

des Landtags
auf Erteilung der Entlastung
nach § 114 LHO
Drucksache 16/709 – Neudruck

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses
für Haushaltskontrolle
Drucksache 16/4324

In Verbindung mit:

Jahresbericht 2011 des Landesrechnungshofs Nordrhein-Westfalen über das Ergebnis der Prüfungen im Geschäftsjahr 2010

Unterrichtung
durch den Landesrechnungshof
Drucksache 15/2341

Eine Debatte ist nicht vorgesehen.

Wir kommen somit zur Abstimmung.

Erstens. Der Ausschuss für Haushaltskontrolle empfiehlt in **Ziffer 1** der **Drucksache 16/4324**, die vom Ausschuss **festgestellten Sachverhalte**, die **Beschlüsse über einzuleitende Maßnahmen** und die dafür **gesetzten Termine** sowie die **ausgesprochenen Missbilligungen** gemäß § 114 Landeshaushaltsordnung zu bestätigen. Möchte dem jemand widersprechen? – Das ist nicht der Fall. Möchte sich jemand enthalten? – Das ist auch nicht der Fall. Damit ist die Empfehlung in Ziffer 1 angenommen und entsprechend **bestätigt**.

Zweitens. Der Ausschuss für Haushaltskontrolle empfiehlt in **Ziffer 2** der **Drucksache 16/4324**, der Landesregierung für die Landeshaushaltsrechnung 2009 in der Fassung von Drucksache 16/709 – Neudruck – im Zusammenhang mit dem Jahresbericht 2011 des Landesrechnungshofs über das Ergebnis der Prüfung im Geschäftsjahr 2010 Drucksache 15/2341 gemäß § 114 der Landeshaushaltsordnung in Verbindung mit Art. 86 der Landesverfassung Entlastung zu erteilen. Wer dem folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP und Piraten. Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Stimmenthaltungen? – Auch nicht. Damit ist die Empfehlung in Ziffer 2 Drucksache 16/4324 angenommen und der **Landesregierung** gemäß § 114 der Landeshaushaltsordnung in Verbindung mit Art. 86 der Landesverfassung **Entlastung erteilt**.

Damit kommen wir zu:

13 Verfassungsgerichtliches Verfahren wegen der Behauptung der Stadt Oer-Erkenschwick, das Gesetz zur Unterstützung der kommunalen Haushaltskonsolidierung im Rahmen des Stärkungspakts Stadtfinanzen (Stärkungs-

Anlage 5

Zu TOP 10 – „Zweites Gesetz zur Modernisierung des Vermessungs- und Katasterwesens (Zweites Katastermodernisierungsgesetz)“ – zu Protokoll gegebene Rede

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales:

Mit diesem Gesetz reformieren wir das Berufsrecht der öffentlich bestellten Vermessungsingenieure grundlegend.

Zudem passen wir das Vermessungs- und Katastergesetz an die aktuellen Entwicklungen an.

Im Zuge der Rechtsbereinigung heben wir zudem das Gesetz über die Errichtung von Marksteinen vom 24. Mai 1901 auf.

Die derzeitige Berufsordnung für die öffentlich bestellten Vermessungsingenieure stammt aus dem Jahr 1965.

In wesentlichen Teilen entspricht sie heute noch den Erfordernissen der 1960er-Jahre.

Den aktuellen Anforderungen an die Berufsausübung der öffentlich bestellten Vermessungsingenieure wird sie nicht mehr gerecht.

Es ist daher geboten, sie an die aktuellen Erfordernisse und Entwicklungen im Bereich ihrer hoheitlichen und sonstigen freiberuflichen Tätigkeiten anzupassen.

Eine Existenzsicherung der öffentlich bestellten Vermessungsingenieure ist bei der alleinigen Ausübung der öffentlich-rechtlichen Tätigkeit derzeit nicht immer gewährleistet. Zu dieser Tätigkeit sind diese Ingenieure überwiegend verpflichtet.

Aufgrund der schwankenden Marktlage im Bauwesen und damit des Grundstücksverkehrs ist eine Öffnung ihrer Berufsausübung durch die Erweiterung ihrer zulässigen freiberuflichen Tätigkeiten sowie ihrer Kooperationsmöglichkeiten erforderlich.

Die öffentlich-rechtliche Haupttätigkeit darf durch diese Öffnung aber nicht verdrängt werden.

Die Öffnung erfordert im Gegenzug eine Stärkung ihrer Aufsicht durch das beleihende Land.

Das Vermessungs- und Katastergesetz wurde im Jahre 2005 neu gefasst. Die seither festzustellende Entwicklung im amtlichen Vermessungswesen erfordert im Hinblick auf die Erhebung und Bereitstellung der Daten des Liegenschaftskatasters eine Evaluierung der bestehenden Vorschriften.

Es ist geboten, nach Ablauf von nunmehr über acht Jahren das Vermessungs- und Katastergesetz insgesamt den aktuellen Erfordernissen und

Entwicklungen im Vermessungs- und Katasterwesen anzupassen.

Neben rein redaktionellen Anpassungen aufgrund der im Jahre 2008 wirksam gewordenen Umstrukturierung der Vermessungsverwaltung des Landes wurden Klarstellungen von im Gesetz geregelten Sachverhalten erforderlich.

Im Wege der Rechtsbereinigung soll das „Gesetz betreffend die Ergänzung der Gesetze über die Errichtung von Marksteinen vom 24. Mai 1901“ aufgehoben werden.

Die Rückübertragung der verbliebenen Schutzflächen soll durch ergänzende Regelungen im Vermessungs- und Katastergesetz ermöglicht werden.